



**MEHR GRÜN FÜR
CASTROP-RAUXEL**

Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020

MEHR GRÜN FÜR Castrop-Rauxel.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Einleitung

Liebe Castrop-RauxelerInnen,
vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, sich über uns zu informieren.

Wir Grünen waren in den letzten fünf Jahren die treibende Kraft bei der ökologisch-sozialen Erneuerung unserer Stadt. Und wir haben viel von dem erreicht, was wir uns vorgenommen hatten:

- ▶ Die Stadtverwaltung mit allen Immobilien wurde auf den Bezug von Öko-Strom umgestellt.
- ▶ Alle geeigneten städtischen Dächer sind jetzt mit Photovoltaik-Anlagen belegt.
- ▶ Unsere Windvorranggebiete wurden überarbeitet. Im Ergebnis sind zwei neue große Windräder auf Schwerin und in Becklem in Planung.
- ▶ Zusammen mit der Gelsenwasser AG wurden die „Stadtwerke Castrop-Rauxel“ errichtet, das die Bevölkerung ausschließlich mit Öko-Strom versorgt.
- ▶ Die Gelsenwasser AG stellt 5 Mio. Euro als Investitionsmittel für die Produktion Erneuerbarer Energie in Castrop-Rauxel zur Verfügung.
- ▶ Ein Ressourcen-Management für unsere städtischen Immobilien wurde auf den Weg gebracht und hat bereits zu wesentlichen Einsparungen beim Strom- und Wärmeverbrauch geführt.
- ▶ Der Energie-Award-Prozess wurde erfolgreich fortgesetzt.
- ▶ Die Ausarbeitung eines „Masterplans Energiewende Castrop-Rauxel“ wurde eingeleitet.
- ▶ Der neue Flächennutzungsplan schützt so viele Freiflächen wie nie zuvor.
- ▶ Die Landesstraße L654n wurde durch einen von den Grünen vorangetriebenen Ratsbeschluss wohl endgültig verhindert.
- ▶ Die Stadt bleibt bei ihrer Position gegen NewPark und gegen die B474n.
- ▶ Ein Lärminderungsplan wurde erstellt (erster Schritt: Minderung Bahnlärm).
- ▶ Eine Sekundarschule wurde eingerichtet.
- ▶ Die U3-Betreuung wurde ausgebaut.

Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Sicherlich interessiert Sie, wie wir Grüne uns die Zukunft unserer Stadt in den nächsten sechs Jahren vorstellen. Im Folgenden finden Sie Informationen zu vielen inhaltlichen Bereichen, die uns besonders am Herzen liegen.

Es gibt also genug gute Gründe, um uns Grünen wieder oder zum ersten Mal Ihre Stimme zu geben.

Martin Buchholz, Ulrich Werkle

(Stadtverbandsvorstand)

Dr. Bert Wagener

(Fraktionsvorsitzender)

Energiewende in Castrop-Rauxel

Energiewende ist seit vielen Jahren ein wichtiges Thema in Castrop-Rauxel. Auch in der zu Ende gehenden Ratsperiode wurde in diesem Bereich viel erreicht:

- ▶ Die Stadtverwaltung mit allen Immobilien wurde auf den Bezug von Öko-Strom umgestellt.
- ▶ Alle geeigneten städtischen Dächer sind jetzt mit einer Photovoltaik-Anlage belegt.
- ▶ Ein Ressourcen-Management für unsere städtischen Immobilien wurde auf den Weg gebracht und hat bereits zu Einsparungen beim Strom- und Wärmeverbrauch geführt.
- ▶ Der Energie-Award-Prozess wurde erfolgreich fortgesetzt.
- ▶ Die Ausarbeitung eines „Masterplans Energiewende Castrop-Rauxel“ wurde eingeleitet.
- ▶ Zusammen mit der Gelsenwasser AG wurden die „Stadtwerke Castrop-Rauxel“ errichtet, das die Bevölkerung ausschließlich mit Öko-Strom versorgt.

Wir wollen den Weg zur Klimaneutralen Stadt konsequent weiter gehen. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung.

→ Energiebezug ist ein Menschenrecht, deshalb muss die Energieversorgung einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

→ Energie sollte möglichst da erzeugt werden, wo er verbraucht wird. Das spart teure Leitungswege und Leitungsverluste. Deshalb sollen unsere Stadtwerke in wachsendem Maße CAS-STROM verkaufen, also Öko-Strom, der in unserer Stadt erzeugt und von der hiesigen Bevölkerung verbraucht wird.

→ Deszentrale Energie-Produktion stärkt die regionale Wertschöpfung. Die heimische Wirtschaft hat den Nutzen und nicht die Aktionäre von RWE.

→ Ein weiterer Aspekt ist die sogen. „Strom-Armut“: Wir wollen verhindern, dass Menschen, die ihre Stromrechnung



nicht bezahlen konnten, von Stromsperrern betroffen werden.

→ Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Stromproduktion schaffen Raum für Bürgerbeteiligung. Wir stehen für die Energiewende von unten, für die Bürger-Energiewende. Wir wollen, dass sich die Bevölkerung an Investitionen in Erneuerbare Energien beteiligen kann bis hin zu genossenschaftlichen Modellen für die Weiterentwicklung unserer Stadtwerke.

Die privaten Haushalte haben den höchsten Anteil ihres Endenergieverbrauchs im Bereich der Wärmebereitstellung, also beim Heizen und bei der Warmwasserversorgung. Zur Reduzierung der Energiekosten, aber auch als entscheidender Beitrag zum Klimaschutz ist es richtig und notwendig, den Energieverbrauch von pri-

vaten Wohnungen deutlich zu reduzieren. Um den Prozess zu beschleunigen bleibt die Energieberatung ein entscheidender Punkt. Diese soll in verstärktem Maße auf bestehende Förderprogramme für Heizungserneuerung und Gebäudedämmung aufmerksam machen und Potenziale verdeutlichen.

Gleichzeitig wollen wir über unsere Stadtwerke in Neubaugebieten, aber in Altbau-bereichen verstärkt moderne Blockheizkraftwerke als ökologische und preiswerte Alternative zum Einsatz bringen.

Nicht zuletzt kann die Rekommunalisierung der Energieversorgung nur vervollständigt werden, wenn unsere Stadtwerke auch das Strom- und Gasnetz in eigener Regie übernehmen. Wir wollen den 2019 auslaufenden Strom-Konzessionsvertrag mit RWE fristgerecht

Umweltschutz



Schutz von Freiflächen

Der Schutz noch unverbrauchter Natur steht im Mittelpunkt unserer kommunalen Umweltpolitik.

Es geht darum die noch vorhandenen Freiflächen und ökologisch wertvollen Landschaftsbereiche in unserem Stadtgebiet zu erhalten.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplan (FNP) für Castrop-Rauxel haben wir es durchgesetzt, dass rund 14,5 ha Freiflächen im Landschaftsschutzgebiet (LSG) vor Bebauung geschützt wurden. Zur Zeit sind im neuen FNP nur 1,3 ha LSG-Flächen für eine Bebauung vorgesehen. Langfristig streben wir an,

den „**Flächenverbrauch**“ auf **null zu senken** und vorrangig die Folgenutzung von „Altflächen“ stärker in den Fokus zu rücken. Dies ist uns vielfach – z.B. bei den Zechenstandorten und dem Wohnbaugebiet „In der Freiheit in Castrop – gelungen.

Von den anderen Parteien gibt es immer wieder Initiativen weitere LSG-Flächen durch Bebauung zu zerstören.

Baumschutz

Die **positiven Wirkungen von Bäumen** sind unumstritten, sie liefern Sauerstoff, filtern Schadstoffe, verbessern das Stadtklima und prägen positiv das Stadtbild. Um diese positiven Effekte zu erhalten

und nach Möglichkeit noch auszubauen, liegt uns ein konsequenter Baumschutz im öffentlichen und im privaten Bereich in Castrop-Rauxel sehr am Herzen. Wir wollen möglichst viele Bäume im Stadtgebiet erhalten. Dort, wo dies nicht möglich ist, setzen wir uns für einen langfristigen Mehrwert durch Nachpflanzungen mit dem Ziel ein, dass die Anzahl und Qualität der Bäume im Stadtgebiet langfristig steigt.

Ausnahmen hiervon soll es nicht geben, daher streben wir u.a. eine deutliche Aufwertung des Baumbestandes im Zentrum von Castrop-Rauxel an.

Lärm

Lärm ist für Menschen und Tiere nicht nur ein Ärgernis, sondern eine ernsthafte Gesundheitsgefahr. Lärm macht krank! Nicht nur hohe Lärmspitzen, sondern auch gerade Dauerlärmpegel sind dabei ein Problem. Daher wollen wir in der Umsetzung von Lärmaktionsplänen dafür sorgen, dass stark befahrene Straßen genauer untersucht werden, ggf. der Einsatz von sogenanntem „Flüsterasphalt“ geprüft wird. Gleiches gilt auch für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen beim Bahnlärm durch modernere Wagenräder. Auch Lärmschutzwände können im Einzelfall die Lebensqualität verbessern. Hier gilt besonders der Ansatz, Lärm erst gar nicht entstehen zu lassen. Wir wollen vor Ort das Thema Lärm(schutz) ganzheitlich angehen und in einem Lärminderungsplan für unsere Stadt durch Sanierung der Bahnlinien und zielgerichtete Lenkungen des Individualverkehrs umsetzen.

Luft

Saubere Luft sollte und muss selbstverständlich sein. Doch auch wenn die In-



dustrieanlagen in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer „sauberer“ geworden sind, belasten uns Großanlagen wie Kohlekraftwerke und der zunehmende Straßenverkehr mit Feinstaub und andere Schadstoffen. Hier gilt es, die lokalen Belastungszahlen durch geeignete Messstellen zu erfassen und wirksame Konzepte zu entwickeln, die das städtische Klima zu verbessern. Aus diesem Grunde lehnen wir den Neubau von neuen Kohlekraftwerken rund um Castrop-Rauxel ab. **Luftreinhaltepläne** können hierbei ein Instrument sein und eine grüne Stadtentwicklung mit der Steuerung von Individualverkehr und der Entwicklung von kleinen „**Grünen Lungen**“ im Stadtgebiet.

Naturgebiete und biologische Vielfalt bewahren

Wir alle schätzen unsere Grünflächen als Orte der Ruhe und der Erholung, als Lernorte oder als wichtige Biotop für

Flora und Fauna. Um die biologische Vielfalt in Castrop-Rauxel zu erhalten und zu stärken, werden wir uns für den Erhalt der Grünflächen und die Schaffung neuer Naturflächen einsetzen sowie den voranschreitenden Flächenfraß drosseln und langfristig gänzlich zu stoppen. Durch das Anlegen von Blühstreifen, Blumenwiesen und -gärten sollen zudem der Bienen- und Insektenschutz verstärkt werden, was sich wiederum positiv auf den Erhalt anderer Tierarten auswirken wird. Außerdem sollen die Renaturierung von Gewässern und eine naturnahe Bewirtschaftung des

Waldes vorangebracht werden. Der Landwirtschaft im Stadtgebiet kommt hierbei ebenfalls eine bedeutende Rolle zu.

Tierschutz

Tierschutz ist ein Grünes Kernthema: seit unserer Gründung setzen wir uns für einen respektvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen ein. Wir setzen uns vor Ort dafür ein, die Lage der Tiere vor Ort zu verbessern



Inklusion

Auf dem Weg in Castrop-Rauxel einer inklusiven Gesellschaft näher zu kommen werden die Grünen dafür Sorge tragen, dass einige wichtige Punkte beachtet werden: Inklusion betrifft alle, nicht nur Menschen mit Beeinträchtigung. Inklusion muss eine Verpflichtung für die Stadtgesellschaft sein. Wir Grünen in Castrop-Rauxel wollen für eine Stadtgesellschaft sorgen, die sich aktiv und öffentlich für eine uneingeschränkten Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ungeachtet ihrer Fähigkeiten und Beeinträchtigungen, ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts, ihres Alters etc. einsetzt.

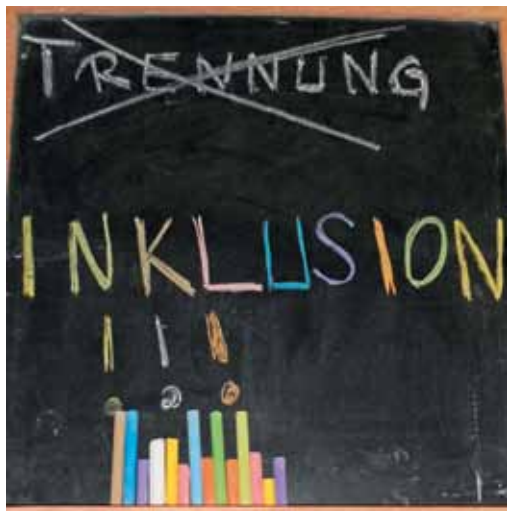
Ausgrenzung von Menschen basiert auf gesellschaftlichen Barrieren im täglichen Umfeld, im Quartier oder auch in den Köpfen der Menschen. Wir Grünen bejahen und fördern gesellschaftliche Vielfalt. Vielfalt, wie sie aus der Begegnung von Menschen aus unterschiedlichen Milieus oder mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft entsteht, ist von grundlegender Bedeutung für das gegenseitige Verständnis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erst aus der Gemeinsamkeit des Verschiedenen entsteht letztlich eine demokratische Gesellschaft.

Der Gedanke der Inklusion setzt voraus, dass die Menschen verschieden und dabei gleichwertig sind. Inklusion braucht eine Gesellschaft, die sich ihrer Exklusion bewusst ist. Inklusion braucht Menschen mit Beeinträchtigungen als Expertinnen und Experten.

Seit die Bundesregierung 2009 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die UN-Behindertenrechtskonvention, ratifiziert hat, ist die Konvention auch für Deutschland verbindlich. Seit

April 2011 liegt ein Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Konvention vor. Die Landesregierung NRW hat 2012 den Aktionsplan "Eine Gesellschaft für alle. NRW inklusiv" vorgelegt.

Die Umsetzung des § 24 der UN Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen ist eine breite gesellschaftliche Aufgabe, die nur in einem gemeinsamen Prozess gelingen kann und in einem



breiten Konsens in unserer Stadt geplant und schrittweise umgesetzt werden muss. Die bisherige Debatte um das Thema Inklusion wird meist auf den Bereich der Schule reduziert. Dabei ist mit dem Begriff „Inklusive Gesellschaft“ viel mehr gemeint. Wir benötigen in Castrop-Rauxel ein gesamtstädtisches Konzept, das verbindlich aufzeigt, wie wir schrittweise eine vollständige Inklusion in unserer Stadt erreichen können. Allerdings erschweren viele Ängste, Unsicherheiten und Missverständnisse immer wieder die ersten Bemühungen. Ein Inklusionsprozess muss dies aufgreifen und notwendige Akzeptanzarbeit leisten.

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel hat die Verwaltung auf Initiative von Bündnis90/Die Grünen im November 2013 beauftragt, konkrete Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten hin zu einer inklusiven Stadtgesellschaft zu erarbeiten. Dabei galt es zunächst ein Sachstand zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Castrop-Rauxel zu erheben, der auch die bereits tätigen Institutionen, wichtige Einzelakteurinnen/e, deren Hauptzielgruppen und Arbeitsschwerpunkte benennt. Im Laufe des Prozesses soll ein „Aktionsplan Inklusion für Castrop-Rauxel“ entstehen.

Der „Aktionsplan Inklusion für Castrop-Rauxel“ soll aufzeigen wie sich die Bereiche Schule, Stadtentwicklung, Arbeit, Kinder und Jugendhilfe, Familie, Kultur und viele mehr zukünftig inklusiver als bisher entwickeln können und müssen.

Menschen mit Behinderungen gehören mitten hinein in die Gemeinschaft – von Anfang an. Behinderte und nichtbehinderte Kinder besuchen die gleiche Kita und Schule in ihrer Nachbarschaft. Ausbildung und Beruf findet gemeinsam in regulären Betrieben statt. In der Freizeit haben alle die Möglichkeit, im Sportverein oder in der Musikgruppe nach ihrer Wahl mitmachen zu können. Das ist aus Sicht der Grünen in Castrop-Rauxel Inklusion. Dafür dass Inklusion als Querschnittsthema aller gesellschaftlichen Themen gesehen wird, werden die Grünen sich einsetzen.

Gesundheit und Alter

Die persönliche Gesundheit ist für jeden Menschen von außerordentlicher Bedeutung. Denn Gesundheit ermöglicht die Teilhabe am Arbeitsmarkt, aber auch am sozialen und kulturellen Leben. Gerade Menschen mit schlechten sozialen Bedingungen wie Arbeitslosigkeit oder geringem Einkommen sind besonders von Krankheit und von den Folgen von Krankheit bedroht. Dieses gilt insbesondere in Fragen gesundgerechter Ernährung, der Bewegung und der Wohnverhältnisse.

Im Kindesalter werden Gewohnheiten geprägt. Deswegen ist neben der Stärkung der Gesundheitsbildung die Ernährung in der Schule von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns daher für ein regelmäßiges Mittagessen für alle Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen ein. Wir wollen dabei und dadurch die Vertrautheit mit gesunder, nahrhafter Kost bereits in der Zeit, in der die Kinder in unseren Schulen und KiTas sind, fördern. Dabei soll eine den Kindern entsprechende Ernährung nicht ausschließlich nach dem Einkaufspreis gerichtet sein. Wir wollen eine vollwertige und schmackhafte Versorgung mit möglichst regionalen und saisonalen Produkten. Wir wollen dabei die gesamten Kosten der Essenserzeugung und -verteilung betrachten und nicht nur die Einkaufspreise der Speisen, um eine gerechte Auswahl der Verfahren und Hersteller zu ermöglichen.

Zusammen mit den Grünen in Bund und Land setzen wir uns für ein Präventionsgesetz ein, das die Möglichkeit schafft, mit den unterschiedlichen Einrichtungen direkt vor Ort an der Förderung der Gesundheit und der Verhütung von Krankheiten zu wirken. Direkt nachdem die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen sind, wollen wir im Rahmen von Projekten der sozial-ökologischen Stadtentwicklung daran arbeiten, Gesundheitsförderung dort als Thema einzubringen.

Dieses gilt insbesondere für die Verhinderung von Pflegebedürftigkeit und die Verbesserung der Selbsthilfefähigkeit bei bereits eingetretener Pflegebedürftigkeit. Jede Maßnahme, die heute erfolgreich zur Verhinderung oder Besserung vor allem schwerer Pflegebedürftigkeit geschaffen wird, entlastet den städtischen Haushalt in Zukunft.

Der Wunsch der meisten Menschen bis ins hohe Alter in der eigenen Wohnung leben zu können, wird angesichts der zunehmenden Zahl alter Menschen auch in Castrop-Rauxel immer schwieriger zu bewerkstelligen. Der Ausbau der Pflegeheime ist nicht nur ökonomisch keine Lösung, sondern widerspricht auch den Wünschen und Vorstellungen vieler Menschen von einem Leben im Alter. Wir setzen uns deshalb für ein Konzept generationengerechten Wohnens in der Quartiersentwicklung ein und suchen dabei den Zusammenschluss von Mietern, Leistungsträgern in der Versorgung älterer Menschen und Wohnungseigentümern. Eine solche generationengerechte Quartiersentwicklung muss darauf achten, dass alle täglichen Anforderungen an öffentliche und nicht-öffentliche Infrastruktur verfügbar sind.

KiTas in Castrop-Rauxel durch ein Bildungsbüro unterstützen

Der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren hat die Politik im Bereich der Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren dominiert. Um den Umfang des Ausbaus und die Finanzierung der Plätze sowie der Baumaßnahmen wurde insbesondere in der Bundespolitik heftig gestritten. Dabei hat die eigentliche Arbeit vor Ort, in den Kommunen, stattgefunden.

In Castrop-Rauxel haben Stadtverwaltung, Träger von Kindertageseinrichtungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den einzelnen Tageseinrichtungen – mit Rückendeckung der Politik und selbstverständlich der Unterstützung der Castroper Grünen – durch großes Engagement zahlreiche neue Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Dadurch konnten die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bedient werden, auch wenn flächendeckende Überbelegungen notwendig waren. Um diese Überbelegungen abzubauen und um die in Zukunft größer werdende Nachfrage bedienen zu können, muss der Ausbau im U3-Bereich deshalb fortgesetzt werden. Wir Grünen werden deshalb diese Anstrengungen weiterhin unterstützen. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass Rechtsanspruch und U3-Ausbau auch auf der Bundesebene gewünscht sind. Der Bund ist also in der Pflicht, die Kommunen hier finanziell zu unterstützen.

Neben dem Ausbau der reinen Anzahl der Plätze im U3-Bereich wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den KiTas bei der Verbesserungen der Qualität des Angebots unterstützen. Mit dem Beschluss zum Ausbau der U3-Betreuung hat die Politik den Erzieherinnen und Erziehern neue Aufgaben zugewiesen. Mit den damit verbundenen Herausforderungen wollen wir Grüne sie nicht alleine lassen.

Für uns Grüne sind Kindergärten Bildungseinrichtungen, Orte an denen die Entwicklung von Kindern frühzeitig gefördert wird. In der Bildungsvereinbarung des Landes NRW sind zehn Bildungs- und

Entwicklungsbereiche definiert, an denen sich die Arbeit der einzelnen Bildungsträger einer Kommune orientieren kann. Exemplarisch wird hier aufgezeigt, wo eine Kindertageseinrichtung ein Kind in seiner individuellen Entwicklung unterstützen kann.

Beispielsweise nennt die Bildungsvereinbarung den Bereich der Bewegung, der gerade im U3-Bereich von großer Bedeutung ist. Bewegung fördert die körperliche und kognitive Entwicklung – Kinder erforschen ihre Umwelt in dem sie rennen, klettern und toben. Sie entwickeln so auch fein- und grobmotorische Fähigkeiten.

Ebenso wichtig ist die Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten. Sprache und die Fähigkeit zur Kommunikation mit anderen ist die Grundvoraussetzung für viele wichtige Kompetenzen und Entwicklungsschritte.

Gerade im U3-Bereich, aber auch im Ganztagsbetrieb in Schulen, nimmt das Feld „Körper, Gesundheit und Ernährung“ eine wichtige Rolle ein. Kindern eine gesunde und ausgewogene Ernährung anzubieten und mit ihnen gemeinsam zu essen hat einen entscheidenden Einfluss auf ihre körperliche und geistige Entwicklung.

Kindertageseinrichtung sowie Erzieherinnen und Erzieher stehen vor der Aufgabe, diese Entwicklungsförderung in den Alltag in der Kindertageseinrichtung zu integrieren. Dabei gibt es in einzelnen Einrichtungen gute Ideen und Projekte. Wir wollen die Einrichtungen stärker vernetzen und den Austausch fördern, damit alle Kinder in Castrop-Rauxel von guten Erfahrungen aus der Praxis profitieren können. Auch völlig neue Konzepte können so leichter entwickelt werden.

Dazu benötigt Castrop-Rauxel ein Bildungsbüro.

→ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bildungsbüro organisieren themenspezifische Arbeitsgruppen, in denen Kindertageseinrichtungen von den Erfahrungen in benachbarten Einrichtungen profitieren können. Gute Beispiele aus der Praxis bleiben somit keine Einzelfälle. Ebenso kann das Bildungsbüro erster Ansprechpartner sein, wenn eine Einrichtung neue Förderkonzepte entwickeln will.

→ Fortbildungen können zentral vom Bildungsbüro organisiert werden und

kommen so allen Kindertageseinrichtungen in Castrop-Rauxel zu gute.

→ Das Bildungsbüro sammelt Erfahrungen aus anderen Städten und bringt so neue Impulse nach Castrop-Rauxel.

→ Insgesamt unterstützt das Bildungsbüro so die Arbeit der Fachberatungen, die jeder einzelne Träger und die Stadt Castrop-Rauxel bereits anbieten. Auch Tagespflegeeltern können hier eingebunden werden.

Durch das Bildungsbüro wird die qualitative Entwicklung der Kindertageseinrichtungen personell verstärkt und besser vernetzt.

Die Grünen in Castrop-Rauxel werden sich für die Einrichtung eines solchen Bildungsbüros einsetzen.



Schulessen

Eine vollwertige Schulverpflegung leistet einen wesentlichen Beitrag zu mehr Gesundheit und Leistungsfähigkeit in der Schule. Nicht nur die Skandale der letzten Jahre (z.B. verseuchte Tiefkühl-Erdbeeren im Herbst 2012) haben bewiesen, dass solche Tiefkühlkost von fragwürdiger Qualität ist. Eine Untersuchung der Hochschule Niederrhein zwischen 2007 und 2012 an 200 deutschen Schülern hat ergeben: 90 Prozent der Essensportionen für Schüler sind mangelhaft. Das Essen ist oft verkocht, geschmacklich inakzeptabel und nicht so gesund, wie es eigentlich sein sollte. Seit der Studie hat sich nur wenig verändert.

Das regelmäßige Schulessen ist für immer mehr Kinder in Castrop-Rauxel das „normale“ Essen. Die Schulverpflegung hat inzwischen einen hohen Stellenwert für die Herausbildung von Ernährungskompetenzen. Was und wie tagtäglich gegessen und getrunken wird, trägt zur Entwicklung und Festigung von Geschmacks- und Handlungsmustern bei, die das tägliche Ernährungshandeln und -verhalten leiten. Die Bereitschaft sich im späteren Leben ausgewogen und vollwertig zu ernähren oder in die eigene Gesundheit zu investieren, hängt wesentlich auch von schulischen Erfahrungen ab. Ernährung in der Schule hat darüber hinaus Einfluss auf die Verbraucherbildung der Schülerinnen. Wenn wir Kinder aber weiterhin mit Tiefkühlkost versorgen, bringen wir ihnen genau das Gegenteil bei. Frisch zubereitete Mahlzeiten sind einerseits gesünder und andererseits leckerer als tiefgefrorene und wieder aufgetaute Kost.

Wir wollen daher ein gesundes Schulessen ohne Geschmacksverstärker, künstliche Aromen, Süßstoffe oder Formfleisch. Unser Ziel muss es sein, den Anteil an Zutaten aus biologischem Anbau zu steigern. Hier gilt es zu prüfen, inwiefern landwirtschaftliche Betriebe vor Ort eingebunden werden können. Für diese Betriebe gilt es

zwar betriebswirtschaftliche Zwänge zu berücksichtigen, dennoch kann es sich auch für sie lohnen in die zukünftigen Generationen zu investieren und einen Beitrag zum Ernährungsverhalten unserer Kinder zu leisten. Dies gilt es deutlich zu machen.

Wir möchten, dass das Essen in den Schulen in Castrop-Rauxel von möglichst hoher Qualität ist. Dennoch müssen die Mahlzeiten für alle Familien bezahlbar bleiben, wenngleich wir diesem Grundsatz nicht alles unterordnen wollen. Über solidarisch orientierte Bezahlssysteme muss sichergestellt werden, dass jedes Kind täglich in der Schule essen kann.

Wir bevorzugen die Belieferung unserer Schulen durch örtliche Betriebe. Die Verwaltung ist daher gehalten, Vollkostenrechnungen durchzuführen und die Preise zwischen örtlichen Lieferanten und Großbetrieben, die die Mahlzeiten z. T. schon Wochen im Voraus aus ganz Deutschland anliefern, zu vergleichen. Möglicherweise ergibt sich hier ein finanzielles Einsparpotenzial, da bei frisch gekochten Mahlzeiten, z. B. Kosten für die Lagerung in Tiefkühltruhen und die Kosten für die schnelle Erwärmung des Essens logischerweise wegfallen.

Stadtteilmütter

Im Jahr 2011 lebten in Castrop-Rauxel jeweils etwa 7% Menschen mit nicht-deutscher bzw. doppelter Staatsangehörigkeit. Diese Personengruppe ist leider sehr häufig von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht, da diesen Menschen die Teilhabe an Bildungsangeboten aus verschiedenen Gründen erschwert ist. Fehlende Schulabschlüsse oder Berufsausbildungen sind die Folge. Innerhalb dieser Personengruppe sind Frauen noch einmal deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht und somit von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Im Landesdurchschnitt liegt die Arbeitslosenquote von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte bei etwa 22% im Vergleich zu 7% bei Frauen deutscher Herkunft.

Das Projekt Stadtteilmütter versucht diesen Teufelskreis zu durchbrechen: Arbeitslose Migrantinnen, die auf Leistungen aus dem SGB II angewiesen sind, werden durch intensive Schulungen auf die Arbeit als soziale Ansprechpartnerinnen und Informationslotsinnen in benachteiligten Stadtteilen vorbereitet und qualifiziert.

Anschließend begleiten die Stadtteilmütter dann Familien mit Migrationshintergrund, unterstützen bei Fragen zu Ausbildung, Arbeit, Erziehung und Gesundheit und informieren zu Dienstleistungen der Grundsicherungsträger.

In Castrop-Rauxel hat es im Jahr 2012 ein solches Angebot im Rahmen der „Sozialen Stadt Habinghorst“ gegeben. Da sich das Projekt dort bewährt hat – insgesamt konnten im ersten Durchgang fünf Frauen mit Migrationshintergrund zu Stadtteilmüttern ausgebildet werden – sollte das Ziel eine Ausweitung auf weitere benachteiligte Stadtteile wie z. B. Deininghausen und Merklinde sein.

Da Castrop-Rauxel inzwischen über zahlreiche Familienzentren (Verbünde von Kindertageseinrichtungen unterschiedlichster Träger) verfügt, kann das Projekt an bewährten Strukturen anknüpfen. Da-

rüber hinaus hat sich die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Stadtteilbüros, Kinder- und Jugendfreizeitstätten und Migrantenorganisationen vielerorts bewährt, so dass auch bereits Netzwerke aller wesentlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen existieren.

Wir wollen, dass sich die Verwaltung für die Fortführung und den Ausbau des



Projekts einsetzt. In Kooperation beispielweise mit dem Landesministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie der Bundesagentur für Arbeit sollte es möglich sein, die entsprechenden Mittel zu generieren. Gleichzeitig wollen wir bei freien Trägern für die Durchführung des

Projekts werben. Auch sollten Räumlichkeiten für Schulungen und regelmäßige Treffen unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden.



Förderschulentwicklungsplanung: **Einrichtung eines Zentrums für sonderpädagogische Förderung**

Im Zuge sinkender Schülerzahlen und im Zeitalter von Inklusion stehen auch für die Förderschulen in Castrop-Rauxel Veränderungen bevor. Momentan sind die Hans-Christian-Andersen-Schule in Deininghausen, Förderschule mit dem Schwerpunkt Sprache und die Martin-Luther-King-Schule an der Bahnhofstraße, Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen noch ausgelastet, doch es ist fraglich wie diese beiden Schulstandorte unter den äußeren Einflüssen und einer geänderten Gesetzeslage zukünftig bestehen können. Wir Grüne wollen die dort geleistete Arbeit nicht in Frage stellen und setzen uns dafür ein die gebildeten und stabilen Netzwerke nicht zu zerschlagen sowie die Kompetenzen der beiden Schulen in neuen Formen zu erhalten.

Auch wenn es derzeit unklar erscheint, für welche Schule sich Eltern förderbedürftiger Kinder zukünftig entscheiden, wird es immer Schülerinnen und Schüler geben, die zumindest kurzfristig die Beschulung in einem kleinen System mit individueller Betreuung benötigen. Vor allem die Martin-Luther-King-Schule hat sich den neuen Herausforderungen frühzeitig gestellt und ihre Angebote im Bereich der Beratung und Therapie deutlich ausgebaut, so dass sie schon heute mehr ist als eine Schule. Gemeinsam mit der Hans-Christian-Andersen-Schule kann sie zu einem Zentrum für sonderpädagogische Förderung werden.

Speziell vor dem Hintergrund der Inklusion wird die Beratung vom Einzelfall bis hin zur Beratung ganzer Kollegien an Bedeutung gewinnen. Die Förderschulen haben sich daher bereits in der Vergangenheit auf den Weg gemacht und zu Organisatoren von Fortbildungen und zu Konzeptentwicklern für inklusive Maßnahmen und Projekte entwickelt. Diese Vorzüge gilt es durch den Aufbau multiprofessioneller Mitarbeiterteams zu bewahren.

Auch Schülerinnen und Schüler ohne einen diagnostizierten sonderpädagogischen Förderbedarf könnten frühzeitig von einem solchen Zentrum für son-



derpädagogische Förderung profitieren. Beide Schulen haben ihre Kompetenzen in Sachen Prävention regelmäßig nachweisen können, gleichzeitig bietet ein solches Zentrum die Möglichkeit die Bereiche Schule und Jugendhilfe stärker miteinander zu vernetzen. Im Rathaus bilden diese beiden Bereiche bereits eine Einheit, im Alltag gibt es hier noch Entwicklungspotenziale, die über ein Zentrum für sonderpädagogische Förderung genutzt werden können.

Der Umgang mit Schulverweigerern, schulumüden Jugendlichen und jugendlichen Gewalttätern gehört seit Jahren zur Kernkompetenz der Förderschule Lernen. Ebenso der Umgang mit Kindern und Jugendlichen, deren Lernprobleme seelischer, körperlicher oder geistiger Natur sind. Auch die z. T. geringen sprachlichen Fähigkeiten gerade in der Schuleingangsphase können Lernprobleme verursachen. Hier liegen die Kompetenzen auf Seiten der Förderschule Sprache, die mit viel Verständnis und einem hohen Maß an Sensibilität den Start in die Schule an sich und die Rückführung an die allgemeine Schule begleiten. Das von uns Grünen

geforderte Zentrum für sonderpädagogische Förderung bietet also bereits mehr Diagnostik und Förderung an, als es die genannten Förderschwerpunkte vermuten lassen.

Vom Schulträger fordern wir ein deutliches Bekenntnis zu einem Zentrum für sonderpädagogische Förderung unter Einbeziehung aller Kompetenzen der beiden Förderschulen. Ob dieses Zentrum an einem oder zwei Standorten eingerichtet werden soll, bleibt zu klären. Wesentlich erscheint es aber, sich von einem engen Begriff von Schule zu verabschieden, damit dieses Zentrum nicht zu einer Restschule für die besonders „schweren Fälle“ verkommt. Durch die Etablierung multiprofessioneller Teams und den verstärkten Blick auf die Bildung und den Ausbau von Netzwerken tritt die Vermittlung fachlicher Kompetenzen als klassische Aufgabe von Schule zwar in den Hintergrund, die Förderung sozialer Kompetenzen wird sich aber langfristig auch gesamtgesellschaftlich positiv auswirken.

Für den Schulträger und alle weiteren an der Bildung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Institutionen und Personen bietet sich der Vorteil, dass es nur noch einen Ansprechpartner gibt und alle Ressourcen an einem Ort gebündelt werden. Auch vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen und auch in einer Stadt von der Größe Castrop-Rauxels sehen wir den Bedarf für ein solches Zentrum für sonderpädagogische Förderung, um den sich verschärfenden Problemlagen von Kindern und Jugendlichen angemessen und kompetent begegnen zu können. Wir Grünen sind bereit, diese Entwicklung mit voranzutreiben und Schulträger und Kollegien bei diesen Veränderungsprozessen zu unterstützen.

Integration

Wir setzen uns dafür ein, allen Menschen unabhängig von Ihrer Herkunft zu einer besseren Lebensqualität zu verhelfen. Castrop-Rauxel ist eine offene Stadt. Viele Zuwanderinnen und Zuwanderer haben hier ihre Heimat gefunden, viele Flüchtlinge Schutz vor Krieg und Verfolgung. Wir Grünen machen uns stark für eine Stadt, in der jede und jeder gut leben kann – und alle einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Kultur haben.

Die Integrationspolitik betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und ist deshalb eine Querschnittsaufgabe der grünen Politik in Castrop-Rauxel. In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen auf engstem Raum zusammen. Es ist vor allem ein Reichtum, den es auszuschöpfen gilt. Wir wollen die vielfältigen Potenziale der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund nutzen, anstatt angebliche Probleme in den Vordergrund zu stellen.



Zentrale Aufgabe ist es, alle gesellschaftlichen Bereiche interkulturell zu öffnen: Zugang zu Bildung, Beteiligung und Beschäftigung sind zentrale Aufgaben einer gelingenden Integrationspolitik.

Interkulturelle Öffnung beschreibt den Prozess, den Organisationen - auch die Stadtverwaltung Castrop-Rauxel und andere Institutionen und Behörden der Stadt - durchlaufen müssen, um ihre Angebote allen in dieser Gesellschaft lebenden Menschen zugänglich zu machen. Dieser Prozess umfasst drei Ebenen, die gleichberechtigt weiterentwickelt werden müssen:

- die strukturelle Ebene von Leitbildern, Konzepten, Selbstverständnis und Personalpolitik
- die fachliche Ebene von Wissen, Methoden, Reflexion der beruflichen Praxis sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung
- die persönliche Ebene von Haltungen, Wertungen und Bewertungen

In den vergangenen fünf Jahren wurde Einiges erreicht: So ist die Arbeit des Integrationsrates weiter etabliert worden. Ziele und Maßnahmen sind im Rahmender im Integrationskonzept beschriebenen Handlungsfeldern entwickelt und verfolgt worden.

Wir Grünen werden die Arbeit der Integrationsbeauftragten der Stadtverwaltung weiterhin eng begleiten, denn sie unterstützt den Integrationsrat, organisiert und koordiniert die praktische Umsetzung des Integrationskonzepts und setzt innerhalb der Stadtverwaltung Integration als Querschnittsaufgabe für alle Bereiche durch.

Wir setzen uns für mehr interkulturelle Kompetenzen in allen Lebensbereichen unserer Stadt ein. Das ist entscheidend, um das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in unsere Stadt zu verbessern und Kommunikationsprobleme abzubauen.

Castrop-Rauxeler Unternehmen mit Migrationshintergrund leisten einen wertvollen Beitrag zur lokalen Ökonomie. Wir Grünen werden die Verbesserung der Rahmenbedingungen dieser Betriebe aktiv unterstützen. Betriebe deren Inhaber eine Zuwanderungsgeschichte haben, besitzen großes Ausbildungspotential und es gilt, dringend existierende Hemmnisse zu überwinden. Ohne dauerhafte Beratung und Betreuung wird es aber nicht möglich sein, nachhaltig Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Integration in Ausbildung und Beruf von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine weitere große Herausforderung. Arbeits- und Ausbildungslosigkeit führen zu Ausgrenzung, also zum Gegenteil von Integration. Die Vermittlung von jugendlichen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Ausbildungsstellen muss als permanente und betreuungsintensive Querschnittsaufgabe für alle Akteure am Arbeitsmarkt (Betriebe, städtische Wirtschaftsförderung, IHK/Handwerkskammer, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter) begriffen werden.

Castrop-Rauxel braucht einen starken Integrationsrat!

Castrop-Rauxel ist eine Stadt der kulturellen und ethnischen Vielfalt und kann sich glücklich schätzen, dass zahlreiche interkulturelle Vereine zu haben, die die Stadt bereichern. Aber in der Kommunalpolitik spiegelt sich der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Einwohnerschaft nicht unbedingt wider. Der Integrationsrat ist ein wichtiges Element, um Zugang zur politischen Teilhabe zu schaffen und „das politische Castrop-Rauxel“ beeinflussen zu können.

Wir Grünen werden unter anderem durch eine mit kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten besetzte Liste zur Wahl zum Integrationsrat dafür Sorge tragen, dass auch in den kommenden Jahren dieses Gremium deutliche Entscheidungskraft erhält.

Das Miteinander der verschiedenen Nationen in unserer Stadt funktioniert gut und das soll auch in Zukunft so bleiben. Ein starker und handlungsfähiger Integrationsrat wird hierzu viel beitragen.

Castrop-Rauxel braucht erfolgreiche Integrationsprojekte

Die in Castrop-Rauxel lebenden Menschen mit nicht-deutscher bzw. doppelter Staatsangehörigkeit sind leider sehr häufig von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht, da diesen Menschen die Teilhabe an Bildungsangeboten aus verschiedenen Gründen erschwert ist. Fehlende Schulabschlüsse oder Berufsausbildungen sind die Folge. Innerhalb dieser Personengruppe sind Frauen noch einmal deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht und somit von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Projekte wie zum Beispiel „Stadtteilmütter“ versuchen diesen Teufelskreis zu durchbrechen: Arbeitslose Migrantinnen, die auf Leistungen aus dem SGB II angewiesen sind, werden durch intensive Schulungen auf die Arbeit als soziale Ansprechpartnerinnen und Informationslotsinnen in benachteiligten Stadtteilen vorbereitet und qualifiziert.

In Castrop-Rauxel hat es im Jahr 2012 ein solches Angebot im Rahmen der „Sozialen Stadt Habinghorst“ gegeben. Da sich das Projekt dort bewährt hat sollte das Ziel ei-

ne Ausweitung auf weitere benachteiligte Stadtteile wie z. B. Deininghausen und Merklinde sein.

Bündnis 90 / Die Grünen in Castrop-Rauxel werden sich dafür einsetzen, dass vergleichbare Projekte weiter in der Stadt angeboten werden. Die Verwaltung sollte Räumlichkeiten für Schulungen und regelmäßige Treffen unbürokratisch zur Verfügung stellen.



Verkehr

Mobilität und Lebensqualität gehören unabdingbar zusammen. Das persönliche Mobilitätsverhalten darf aber nicht zu Lasten anderer Menschen gehen. Deshalb möchten wir eine Verkehrswende herbeiführen. Grundsätzlich stellen wir das bisherige Verkehrsverhalten und die durch die Stadtentwicklung geschaffenen Bedingungen auf den Prüfstand. Die dominierende Mobilitätsform ist in Castrop-Rauxel das Auto. Daneben, und in der Tat an den Rand gedrängt, können Radfahrer und Fußgänger ihre Wege zurücklegen. Folgen dieser Aufteilung des Straßenraums: Autos durchqueren ungehindert und zügig die Stadt. Radfahrern und Fußgängern werden immer wieder Umwege und Wartezeiten an Ampelkreuzungen zugemutet. Je mühsamer aber das Vorwärtkommen ist, desto häufiger wird es vermieden.

Die Bevorzugung der Kfz ist unverständlich. Ihr Betrieb ist mit enormen Lärm- und Schadstoffemissionen verbunden - bei Tag und Nacht. Tausende Castrop-Rauxler/innen müssen den Lärm ertragen, der deutlich über den Grenzwerten liegt, die von der Weltgesundheitsorganisation noch als hinnehmbar eingestuft werden. Die Schadstoffe hört und riecht man nicht. Aber die gefährden die Gesundheit dennoch. Langzeitstudien haben gezeigt: je näher Menschen an viel befahrenen Straßen leben, desto größer ist





die Gefahr von Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislaufkrankungen, Schlaganfall, Brustkrebs ... Und vielbefahrene Straßen mit Wohnhäusern in unmittelbarer Nähe haben wir zuhauf.

Grüne Mobilität möchte die gesundheitlichen Folgen aller Menschen durch das Mobilitätsverhalten der an ihren Wohnungen vorbeifahrenden Verkehrsteilnehmer so gering wie möglich halten. Deshalb fordern wir:

Aufteilung des Straßenraums zugunsten von Radfahrern und Fußgängern.

Das bedeutet eine Verringerung der Fahrbahnbreiten auf überbreiten Fahrbahnen. Die Regelgeschwindigkeit sollte auf 30 km/h reduziert werden. So können auf den entstandenen freien Straßenräumen die Radfahrer sicher auf der Fahrbahn fahren. Die bestehenden Radwege sind in der Mehrzahl für das Benutzen ungeeignet. Sie sind zu schmal, Radfahrer können sich nicht überholen oder nebeneinander fahren. Sie verlaufen auf Umwegen oder neben Gehwegen. Die persönliche Geschwindigkeit ist deutlich eingeschränkt. Außerdem ist der Belag in der Regel nicht nutzungsfördernd.

Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Transportmittel. Dessen Nutzung belästigt die Anwohner weder durch Lärm noch mit Luftschadstoffen. Außerdem benötigt es keine großen Stellplätze an den öffentlichen Straßen. Folglich sollte ihm Vorrang eingeräumt werden.

Wenn nun auf unseren Straßen deutlich langsamer gefahren wird, können auch Fußgänger gefahrloser die Fahrbahnen überqueren. Da der Lärm deutlich reduziert wird, bereitet es auch mehr Vergnügen, seine persönlichen Wege auf den Gehwegen zurück zu legen. Durch diese Umkehr der Bevorzugung der Verkehrsmittel erreichen wir eine deutlich höhere Lebensqualität für alle.

Selbstverständlich gehört zu umweltfreundlicher Mobilität auch die Pflege und Erweiterung der sog. „Öffis“, des öffentlichen Personen-Nah-Verkehrs. Dafür und für den Erhalt der Emschertalbahn setzen wir uns ein.



Arbeit und Beschäftigung

Gute und sichere Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten ist ein wichtiges Anliegen grüner Politik in Castrop-Rauxel. Castrop-Rauxel sowie seine Nachbarstädte sind durch den Strukturwandel im Ruhrgebiet besonders stark betroffen. Kohle und Stahl sind Vergangenheit, prägen aber noch unsere Stadt und unser Denken. Gleichzeitig haben andere Regionen ihre Stärken entwickelt und haben in heute wichtigen Branchen ein großes Potenzial entwickelt. Es macht daher wenig Sinn diesen Weg nachzuahmen. Die Zukunft von Castrop-Rauxel liegt aus Sicht der Grünen in der Entwicklung der Potenziale der Menschen in der Stadt und der Region sowie des Ausbaus und der Stärkung der lokalen mittelständischen Wirtschaft.

Vorhandene Potenziale entwickeln – Lokale Wirtschaft stärken

Beschäftigungspolitik und Wirtschaftsförderung sind wesentliche Bausteine für die Stadtentwicklung. Im Vordergrund stehen die regionalen Wirtschaftskreisläufe, die wir vor allem in Richtung auf umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftszweige, wie Energieversorgung, Recycling weiterentwickeln wollen. Dazu brauchen wir nicht neue oder mehr Flächen, sondern wollen die bestehenden Flächen modernisieren und weiterentwickeln.

Unser Anliegen ist es, unsere Stadt nicht in Konkurrenz oder zu Lasten anderer benachbarter Städte und Regionen weiterzuentwickeln, auch weil viele Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt in Unternehmen der Nachbarstädte und -regionen ihre Arbeit gefunden haben. Vielmehr müssen wir die Stärken unserer Region, die hohe Dichte wissenschaftlicher Einrichtungen sowie ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz gemeinsam nutzen, um Zukunftsbranchen und -produkte zu entwickeln.

New Park – ein Projekt der Vergangenheit

Die Grünen in Castrop-Rauxel sprechen sich gegen das Wirtschaftsförderungsprojekt New Park in den Dortmunder Rieselfeldern aus. New Park schafft keine neuen Arbeitsplätze und führt zu einer weiteren Flächenversiegelung einer naturnahen Landschaft. Es steht in der Tradition einer längst überwunden geglaubten Form der Wirtschaftsförderung auf der grünen Wiese. Viele Gewerbeparks im Ruhrgebiet und in anderen Regionen stehen leer und sind nicht zu vermarkten. Auch entstehen häufig keine neuen Arbeitsplätze, wenn Unternehmen nur Betriebsverlagerungen vornehmen. Das Land NRW hat eine Bürgerschaft abgelehnt, nachdem ein Gutachten einer bekannten Beratungsfirma die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten in Zweifel gezogen hat. CDU und FDP, aber auch Teile der SPD halten allerdings an dem altbackenen Projekt fest. Am Ende zahlen die Bürgerinnen und Bürger für die aufgelaufenen Kosten.

Mit der Schließung der Opel-Werke in Bochum werden die schon zahlreich bestehenden gewerblichen Brachflächen

im mittleren und östlichen Ruhrgebiet noch einmal um 160 ha vergrößert. Ein Potenzial von über 1000 ha wird in alten Bergbauflächen und sonstigen ehemaligen Industrieflächen in den nächsten Jahren im gesamten Ruhrgebiet noch zur Verfügung gestellt werden. Eine Studie aus dem Jahr 2002 weist für gewerbliche und industrielle Brachen einen Umfang von mehr als 3100 ha aus. Der jährliche Flächenbedarf im Ruhrgebiet liegt dagegen „nur“ bei 220 ha. Anstelle neue Flächen aufzubauen, den Boden zu versiegeln und damit neue Brachen der Zukunft zu bauen, ist es das Ziel grüner Politik die Wunden des Niedergangs der alten Industrien durch die Revitalisierung bestehender, aber brach liegender Gewerblicher und Industrieller Flächen zielen und deren Rückführung in das Sozial- und Wirtschaftsleben zur ermöglichen.

Zukunft durch Ausbildung und Qualifizierung

Im Landkreis Recklinghausen sind 45 Prozent aller arbeitslos gemeldeten Menschen langzeitarbeitslos, davon sind ältere Menschen über 55 Jahre und Berufseinsteiger besonders betroffen. Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht nur ein persönliches Schicksal, sondern es ist für den Einzelnen und für das soziale Umfeld eine dauerhafte Belastung. Armut, Altersarmut und sozialer Ausschluss sind häufig die Folge, was einerseits die psychische Stabilität beeinträchtigt und damit die Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt erschwert. Auf der anderen Seite auf Dauer verstetigt es sich in negativen Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen und Wohnquartieren und wird damit zu einer dauerhaften Belastung für die zukünftige wirtschaftliche und



soziale Entwicklung in unserer Stadt. Eine der wichtigsten Aspekte, um Menschen wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen, ist die Qualifikation. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass insbesondere Langzeitarbeitslose, aber auch Jugendliche ohne Kontakt zum Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Dazu gehören neben Qualifizierungsmaßnahmen (Ausbildung, Umschulungen, Weiterbildungen) auch Jobtrainings etwa in einem sozialen Arbeitsmarkt.

Träger von Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsmarktpolitik, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung müssen für diese Aufgabe eng zusammen arbeiten. Wir wollen aber auch auf den in der Region vielfach vorhandenen wissenschaftlichen Sachversand zur Entwicklung und Weiterentwicklung einer innovativen, zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur in unserer Stadt und in der Region nutzen



Kommunale Finanzen

Die Finanzlage der Stadt Castrop-Rauxel war in den letzten Jahren katastrophal und hat sich von Jahr zu Jahr weiter verschlechtert. Manches von dem, was wir in der Rot-Grünen Koalition vorhatten, ist an dieser katastrophalen Finanzausstattung gescheitert. Der „Stärkungspakt“ der rot-grünen Landesregierung hat die Defizitsituation der Stadt zwar leicht entspannt. Dadurch ist es uns gelungen, mit genehmigten Haushalten Handlungsspielraum zurück zu gewinnen. Der „Stärkungspakt“ reicht aber bei weitem nicht aus für eine nachhaltige Sanierung unserer Kommunalfinanzen. Gleichzeitig sind die Anforderungen an einen ausgeglichenen Haushalt gestiegen, was unseren Handlungsspielraum wieder einschränkt.

Für den „Stärkungspakt“ waren wir gezwungen, einen Haushalts-Konsolidierungsplan zu erarbeiten, Dieser enthält einige Härten für die Bevölkerung (z.B. die Anhebung der Grundsteuern). Wir haben aber dafür gesorgt, dass in wichtigen Bereichen keine oder nur minimale Kürzungen vorgenommen wurden, etwa bei der Bildung, bei Integration oder im Jugend- und Kinderbereich. Vereinbarung ist in der Rotgrünen Koalition, dass es über die zum 30. Juni 2012 beschlossenen Kürzungen keine weiteren Belastungen für die Bevölkerung gegen wird. Es macht ja

auch keinen Sinn, jetzt Infrastrukturen zu zerschlagen, die wir später nur mit extrem hohen Aufwand neu errichten können.

Die Ursache unserer Finanzmisere liegt in der jahrzehntelangen strukturellen Unterfinanzierung. Den Kommunen und damit auch Castrop-Rauxel wurden durch Bund und Land zusätzliche Aufgaben aufgelastet, ohne dass deren Finanzierung sichergestellt worden ist. Die neue Bundesregierung hat zwar angekündigt, die Kommunen in der kommenden Legislaturperiode entlasten zu wollen. Aber die

in Aussicht gestellten Entlastungen von 5 Mrd. Euro für den Kommunalen Bereich sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und werden sicherlich nicht ganz zum tragen kommen. Zudem landen diese Entlastungen im Kreishaushalt und kommen nur zu einem Bruchteil im Kommunalen Haushalt an.

Schon heute sind mehr als die Hälfte aller Ausgaben in Castrop-Rauxel Aufwendungen und Transferzahlungen, die in Art und Höhe von der Stadt nicht beeinflusst werden können. Dieser Anteil wird mit den Sparmaßnahmen in Zukunft auf fast 60 % ansteigen. Der Anteil „Freiwilliger“ Ausgaben ist verschwindend gering. Der finanzielle Handlungsspielraum wird in Zukunft also nicht größer werden, sondern eher kleiner. Dieses verlangt einerseits eine stringente Haushaltsdisziplin, zum anderen aber müssen wir auch unter diesen Bedingungen die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt erhalten. Denn vernachlässigte Instandhaltung, falsche oder fehlende Investitionen sind eine Bürde für kommende Generationen

Unsere Vorschläge für die Sanierung der Kommunalfinanzen:

→ Entscheidend ist, dass Bund und Land den Kommunen für die ihnen übertragenen Aufgaben mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. In Zukunft müssen neue Aufgaben, die Bund und Land uns übertragen, auch vollständig von Bund und Land finanziert werden. Das Konnexitätsprinzip muss endlich durchgesetzt werden.

→ Dass Nothaushaltsgemeinden im Westen sich für den Ost-Soli zusätzlich verschulden, ist nicht länger einzusehen:

Die Unterstützung strukturschwacher Gemeinden muss unabhängig von der Himmelsrichtung sein.

→ In Zukunft müssen wir Projekte und Maßnahmen in der Infrastruktur besser auf ihre Folgewirkungen hin bewerten. Kirchturms-, Klientel- oder Prestigeprojekte helfen den Menschen in Castrop-Rauxel nicht und belasten dann völlig unnötig den städtischen Haushalt.

→ Wir wollen keine Privatisierung bei elementaren, kommunalen Dienstleistungen. Bei den Reinigungsdiensten mussten wir die Erfahrung machen, dass Privatisierung bedeutet: Mehr zahlen für weniger Qualität.

→ Wir wollen weiterhin eine nachhaltige Reduzierung des Ressourcen-Verbrauchs seitens der Stadtverwaltung. Die Einführung eines Ressourcen-Managements war ein richtiger Schritt. Es muss in Zukunft konsequent weiter entwickelt werden.

→ Durch den Aufbau eines modernen Facilitymanagement für städtische Gebäude und Liegenschaften können die Kosten und der Betriebsaufwand im städtischen Immobilien-Management reduziert werden.

→ Wir wollen eine gezielte Organisationsentwicklung zur stetigen Verbesserung der Abläufe und zur Steigerung der Effizienz der Stadtverwaltung. Wichtig sind uns dabei der Einbezug und die Aktivierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

→ Wir wollen Zusammenarbeit auf allen kommunalen Ebenen, auch über die Stadtgrenzen hinaus vor allem mit anderen Kommunen im Landkreis.

Impressum

Bündnis 90 / Die Grünen

Stadtverband Castrop-Rauxel
Lambertusplatz 1
44575 Castrop-Rauxel
Telefon: 02305 - 86893

Öffnungszeiten:

Montags ab 19.00 Uhr Grüner Treff

www.gruene-castrop-rauxel.de
fraktion@gruene-castrop-rauxel.de

Verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Ulrich Werkle

Entwurf/Layout:

Werner Guhe, Dipl. Designer
Unica Design Recklinghausen

Mai 2014

MEHR GRÜN FÜR Castrop-Rauxel.





MEHR GRÜN FÜR Castrop-Rauxel.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**